

Neoliberalismus macht die Rechten salonfähig

In Österreich vertritt die FPÖ schon seit den 1980ern liberale Wirtschaftsideen. Das förderte die Akzeptanz von Rechtsaußen in Regierungen.

Diese jüngste US-Wahl ist entscheidend für den weiteren Lauf der Welt. Noch nie zuvor kam ein verurteilter Ex-Präsident wieder ins Amt. Auch das Jahr 2017 war politisch ein Wendepunkt. In Großbritannien stimmte das Volk für den Brexit, in den USA übernahm Donald Trump erstmals die Präsidentschaft. Und im kleinen Österreich? Da kam nach 1983 und 2000 zum dritten Mal die FPÖ in die Regierung. Am 18. Dezember 2017 wurden Heinz-Christian Strache als Vizekanzler und Herbert Kickl als Innenminister angelobt.

Kulturelle Werte wirken weiter

Valentina Ausserladscheider vom Institut für Wirtschaftssoziologie der Uni Wien hat historisch aufgeblättert, wie diese rechten Strömungen hochgeschwappt sind. „Meine Forschungen zeigen, was passiert, wenn eine Rechtsaußen-Partei den Neoliberalismus ins Programm integriert“, sagt Ausserladscheider, die ihre Ausbildung nach dem Bachelor in Innsbruck auch in London und Cambridge absolvierte.

Ihr Buch „Far-Right Populism and the Making of the Exclusionary Neoliberal State“ (Rechtsaußen-Populismus und das Entstehen des exkludierenden neoliberalen Staates) ist im Sommer im Springer-Nature-Verlag erschienen (120 Seiten, 45,50 Euro). Während die Tirolerin für ihre Masterarbeit in London daran forschte, wie Geld als Währung Identität stiften kann, suchte sie in ihrer PhD-Arbeit in Cambridge nach Erklärungen, wie kulturelle Werte mit wirtschaftlichen Ideen zusammenhängen. „2017 gab es in der Politikwissenschaft angestrebte Versuche, all diese rechten Tendenzen in so vielen Ländern zu verstehen“, erzählt Ausserladscheider. Kaum jemand kam auf die Idee, dass der Neoliberalismus mitgeholfen hat, eine rechte Regierungsbeteiligung gesellschaftsfähig zu machen. „Damals erklärten viele den Erfolg von Rechtsaußen-Parteien so, dass diese Parteien eine kulturelle Gegenreaktion der Menschen am besten mobilisieren konnten“, sagt die Soziologin.

Immerhin veränderte die Welt sich ab den 1980er-Jahren weg von traditionellen Identitäten, weg von nationalistischen, patriotischen Grundwerten und den klassischen Rollen von Mann und Frau hin zu einer offeneren multikulturellen Gesellschaft.

Rapider Wandel als Basis

„Durch den rapiden Wandel fühlten sich sehr viele Menschen deplatziert oder vermissen nostalgisch die alten Zeiten“, sagt Ausserladscheider. „Aber mir als Österreicherin, die den Aufstieg von Jörg Haider sowie die Wirtschaftsgeschichte und die politischen Entwicklungen mitbekommen hat, war diese Erklärung zu kurz gefasst.“ So durchforstete sie Parteiprogramme der FPÖ seit der Gründung 1956 bis 2017, analysierte Interviews und Ansprachen der rechten Politiker – und der wenigen FPÖ-Politikerinnen wie Susanne Riess-Passer und Dagmar Belakowitsch

»Die FPÖ spricht viel mehr an als die kulturelle Gegenreaktion. Sie reden viel von weitreichenden wirtschaftlichen Ideen, die mit dem Nationalismus und Patriotismus verwoben sind.«

Valentina Ausserladscheider,

Institut für Wirtschaftssoziologie, Uni Wien

„Da wird viel mehr angesprochen als die kulturelle Gegenreaktion. Sie reden viel von weitreichenden wirtschaftlichen Ideen, die mit dem Nationalismus und Patriotismus verwoben sind.“ Für Ausserladscheider war es ein überraschendes Aha-Erlebnis, dass genau die Denkrichtung des Neoliberalismus, die in den USA und Großbritannien von konservativen und Mitte-rechts-Regierungen propagiert wurde, in Österreich am stärksten von der FPÖ in den Parteienwettbewerb integriert wurde.

Starker Staat, freier Markt

Die Kombination von „starkem Staat“ und „freiem Markt“ hatte schon Norbert Steger 1983 im Programm, als Bruno Kreisky mit der FPÖ eine Koalition bildete. „So arbeitete die FPÖ daran, salonfähig zu werden. In meinem Buch zeige ich aber, dass der Neoliberalismus trotzdem sehr nationalistisch sein kann, wenn er durch rechtsradikale Akteure gefördert wird“, sagt Ausserladscheider.

In ihrem englischsprachigen Buch nennt sie diese „far-right“. Auf Deutsch unterscheidet sie rechtsradikal von rechtsextrem: „Die Literatur verortet rechtsradikal im demokratischen Spielraum, aber mit radikalen Parteipositionen.“

In der ersten FPÖ-Regierungsbeteiligung startete das Aufbegehren von Jörg Haider ab 1986. „Die Abspaltung des Liberalen Forums 1993 zeigt, dass die nationalistische Fraktion in der FPÖ gewonnen hat.“

Reaktionen nun schwächer

2000 waren die Reaktionen gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung in Österreich und international mit den Sanktionen sehr stark, während heute Gegendemonstrationen nach dem FPÖ-Wahlsieg fast ausbleiben. „Die 2000er-Regierung hat den Normalisierungstrend gesetzt. Jetzt sieht man global, wie rechtsgerichtete Parteien in liberal-demokratischen Ländern mitregieren können.“

Valentina Ausserladscheider betont auch, dass heute im FPÖ-Nationalrat mit Barbara Kolm sogar die Präsidentin des neoliberalen Hayek-Instituts sitzt. Und Kolm ist seit Jahren für das Wirtschaftsprogramm der FPÖ zuständig.

Die Präsidentin des neoliberalen Hayek-Instituts, Barbara Kolm (l.), gestaltet das Wirtschaftsprogramm der FPÖ. APA/Herbert Neubauer